

# Freisgauer Nachrichten



## Verkündigungsblatt der Stadt Emmendingen.

Verbreitet in den Amtsbezirken Emmendingen (Kenzingen), Breisach, Ettenheim, Waldkirch und am Kaiserstuhl.

Ercheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.  
Bezugspreis:  
durch die Post frei ins Haus M. 6.80 das Vierteljahr, durch die Abnehmer frei ins Haus M. 1.70 den Monat.

Anzeigenpreis:  
die einspalt. Zeile oder deren Raum 40 Bsp., bei öfterer Wiederholung entsprechendem Nachlass, im Remiseblatt die Zeile 100 Bsp. Bei Nachdruck 20%, Zuschlag. Verlagsgebühr das Tausend 15 M.

Telegraphen-Adresse: Döller, Emmendingen.

Postfach-Posto Karlsruhe Nr. 7382.

Fernspr.: Emmendingen 3, Freiburg 1392.

Nr. 278

(Evang.: Arnold)

Emmendingen, Montag, 1. Dezember 1919

(Kath.: Glinius)

54. Jahrgang.

### Zur Reichseinkommensteuer

wird uns geschrieben: Der in den Tagesblättern veröffentlichte Plan der Regelung der Einkommensteuer ist weit davon entfernt, einer wohlwollenden Bevölkerungspolitik zu entsprechen. Wohl ist vorgesehen, daß der Familie ein abwärts bis zu 300 Mark gestaffelter Abzug für den Kopf gestattet wird, so daß für eine Familie mit 7 Köpfen z. B. ein steuerfreies Einkommen von 3000 Mark vom Gesamteinkommen abgezogen würde. In diesem Falle müßten also bei einem Gesamteinkommen von 10 000 Mark rund 7000 Mark versteuert werden. Es soll nicht in Abrede gestellt werden, daß diese Art der Veranlagung gegen die früheren einen Fortschritt bedeuten würde, aber keineswegs würde sie mit dem unsozialen System brechen, welches das Einkommen einer 7köpfigen Familie ungünstiger behandelt als das Einkommen einer Einzelperson. Bei einer Familie von 7 Köpfen zerfällt sich doch das Einkommen in sieben Teile; es dürfte daher gerechterweise nicht das Gesamteinkommen als Steuerobjekt betrachtet werden, sondern die auf einen Kopf entfallende Quote, so daß also diese Familie nicht aus 10 000 Mark, sondern siebenmal aus 10 000 : 7 Mark Einkommensteuer zu entrichten hätte. Das würde allerdings einen großen Ausfall im Steuerertrag bedeuten, aber soll denn die große Familie künftig wieder wie früher die Hauptlast der Steuern zu leisten haben. Man bedenke doch auch die ungeheuren indirekten Steuern, die künftighin vom Volke getragen werden müssen, und welche auch vor den wichtigsten Lebensmitteln nicht halt machen werden. Diese Steuern werden unmittelbar als Kopfsteuer wirken und eben deshalb die große Familie ganz besonders belasten und zwar in einer Weise, daß in einer noch so wohlwollenden Einkommensteuergesetzgebung kein Ausgleich geschaffen werden kann. Darum sollte man bei lechterer wenigstens den guten Willen zeigen und der in der heutigen Zeit so schwer ringenden großen Familie des Arbeiters, Beamten- und werkslähmigen Mittelstandes steuergeschädlich entgegenkommen, damit die Veranschlagung, daß man von Staatswegen an eine gesunde, durchgreifende Bevölkerungspolitik herangehen wollte, keine Phrase bleibt.

### Die Vorgänge im Deutschen Reich.

WTB. Berlin, 28. Nov. Die deutsche Regierung hat dem Obersten Rat eine Denkschrift über die Scapa Flow-Angelegenheit übermittelt lassen, in der sie ihre Ansichten über diesen Fall darlegt. Sie schlägt vor, diese Frage dem Haager Schiedsgericht zur definitiven Entscheidung vorzulegen und sagt dann, daß die deutsche Regierung für die Handlungen eines Kriegsgefangenen Offiziers nicht verantwortlich gemacht werden könne. Die Alliierten hätten entgegen den Bestimmungen des Waffenstillstandes nicht einmal den Versuch gemacht, die deutsche Flotte in niederländischen oder skandinavischen Häfen zu internieren, sie hätten dann auch die Internierung der Schiffe und ihrer Besatzungen so scharf vorgenommen, daß jede Verbindung mit der Heimat unterbrochen war. Die Denkschrift kommt zu dem Schluß, daß die deutsche Regierung jede Verpflichtung zu Leistungen, die von ihr aus Anlaß der Versenkung gefordert werden, von rechts wegen zurückweisen muß, sie schlägt aber trotzdem den oben vorgeschlagenen Weg vor, nämlich das Haager Schiedsgericht.

Berlin, 30. Nov. Zu der gestrigen Mitteilung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, daß die Reichsregierung der Forderung auf Ablieferung von 400 000 Tonnen Dachs, Baggern usw. nicht nachkommen werde und auch die Bestimmungen des Annetionsprotokolls, wonach Frankreich jederzeit militärischen Druck ausüben könne, nicht anerkennen könne, erklärt die „Vossische Zeitung“ aus zuverlässiger Quelle, daß diese Nachricht nicht von amtlicher Seite inspiriert sei und in ihrem Inhalte nicht den Ansichten der Reichsregierung entspreche. Da die Meldung in einem als offiziell bekannten Blatte gestanden habe, sei eine öffentliche Erklärung der Regierung erforderlich.  
Berlin, 1. Dez. Ueber Krawalle auf den

Balkan-Werken wird in verschiedenen Blättern aus Hamburg berichtet, daß nach einer Bekanntmachung der genannten Werke die gestrige Versammlung der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter des Werkes bei Sagebiel durch Einbringen mehrerer hunderte linksradikaler Mitglieder der Belegschaft gestört wurde. Dabei kam es zu derartigen Gewalttätigkeiten, daß mit der Fortsetzung des eintägigen Streiks, verbunden mit schweren Beschädigungen der Betriebseinrichtungen und Gefährdung der Sicherheit des Personals zu rechnen sei. Von einer gedeihlichen Arbeit könne unter diesen Umständen keine Rede sein. Das Werk wird heute früh geschlossen werden und solange geschlossen bleiben, bis die Wiederkehr geordneter Zustände gesichert sei. Zum Schluß wird die Entlassung der gesamten Arbeiterschaft ausgesprochen.

WTB. Leipzig, 30. Nov. Der außerordentliche Parteitag der unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands wurde heute abend hier eröffnet. Anwesend sind außer Delegierten aus allen Teilen Deutschlands auch solche aus Oesterreich, Schweden, Dänemark u. Rumänien. Unter stürmischem Beifall der Versammlung erklärte der Redner, daß eine Einigung zwischen der Partei der Rosa-Socialisten und dem Klassenbewußten Proletariat unmöglich sei. Die heutige Gesellschaft habe historisch keine Befähigung mehr, sie müsse und werde überwunden werden vom Sozialismus. Im Namen der österreichischen Sozialdemokratie sprach Dr. Fritz Adler, der die traurigen Zustände in Oesterreich schilderte. Zu den sozialen Punkten der Tagesordnung, mit deren Beratung morgen begonnen werden soll, liegen mehr als hundert Anträge und Resolutionen vor.

München, 29. Nov. Nach Meldung des „Bayrischen Kurier“ wurde zwischen der bayrischen Regierung und der jetzigen Runtatur vereinbart, daß das bisherige Präsentationsrecht vorläufig auf die Regierung des Freistaates Bayern übergehe, ohne daß damit der Regelung der gültigen Begehungen zwischen Staat und Kirche vorgegriffen würde. Die Befehle der Bischofsstühle werde Rom sich wohl selbst vorbehalten, weil hier ein vorläufiges Recht der Könige von Bayern vorliege, dessen Ausübung durch einen sozialistischen Minister keinen Sinn haben würde.

### Der Schweizer Bundesrat für Freigabe der Gefangenen.

WTB. Bern, 29. Nov. Der Schweizer Bundesrat hat an die Regierungen der am Kriege beteiligten Staaten einen Aufruf zur Freigabe der Gefangenen gerichtet. Er geht hierbei von dem Erwägen einer großen Anzahl Mitglieder des Schweizer Nationalrates aus, die den Bundesrat aufgefordert hatten, Schritte zu unternehmen, um die möglichst schnelle Heimführung der noch zurückgehaltenen Kriegsgefangenen zu bewirken. Der Bundesrat weist auf seine vielen Bemühungen hin, die Leiden der Gefangenen zu mildern, und sagt, daß wohl die Mehrzahl der Opfer des Krieges ihrem Heimatlande wieder zurückzugeben sei, daß es aber ein tiefbetäubender Gedanke sei, daß dieses bessere Los ein Jahr nach Abschluß des Waffenstillstandes hunderttausenden von Gefangenen noch nicht zugefallen sei, die weiterhin in Ungewissheit und Qual den Augenblick ihrer Erlösung erwarteten. Der Bundesrat verkenne keineswegs die Schwierigkeiten technischer Art, aber er müsse doch auf die soziale Gefahr hinweisen, die sich aus dem Geisteszustand ergeben könne, der hunderttausende von Gefangenen unheilbar zu erschaffen drohe. Beim Anbruch des Winters richte er nochmals die inständige Bitte an die betreffenden Regierungen, alles zu tun, was in ihrer Macht stehe, um endlich den allzu langen seelischen und körperlichen Leiden dieser Kriegsopter ein Ziel zu setzen. — In seinem Aufruf weist der Bundesrat besonders auf die in Frankreich und in Schweden befindlichen Gefangenen hin.

### Zur Lage im Osten.

WTB. Schaulen, 30. Nov. Der Führer der interalliierten Militärmission für das Baltikum, General Nessel, hat an Admiral Hopmann ein Schreiben gerichtet, in dem er auf angebliche Drohungen seitens Teilen der Vermonde-Truppen gegen die in Memel stationierten Entente-offiziere hinweist und droht, im Falle erneuter Zwischenfälle in Memel das Feuer auf die Stadt von den vor ihr liegenden Schiffen zu eröffnen. Admiral Hopmann antwortete, daß er gegen diese Drohung protestieren müsse und ihn ersuche, sich auf die Überwachung der Räumung des Baltikums zu beschränken und die Aufrechterhaltung der Ordnung auf deutschem Boden den deutschen Behörden zu überlassen. — Wie WTB. dazu erzählt, hat die deutsche Regierung beim Obersten Rat in Paris bereits entsprechende Schritte eingeleitet.

WTB. Amsterdam, 29. Nov. „Times“ melden aus Reval, daß aus Petersburg eingetroffene Nachrichten zufolge von den Bolschewisten wegen Unterstützung der weißen Truppen noch weitere 300 Personen hingerichtet wurden.

### Sonstige Meldungen.

Berlin, 29. Nov. Wie der „Vorwärts“ erzählt, wird eine Aenderung des bisher angewendeten Verfahrens des Untersuchungsanspruches ins Auge gefaßt. Die Vernehmungen sollen sich auf ein reines Verhör beschränken, also auf Fragen der Mithilfe; des Ausschusses und auf die Antworten. Augen auf die betreffenden Fragen.

Berlin, 1. Dez. Zur Abschließung teilen verschiedene Blätter mit, daß die Erleichterungen sich bis jetzt vollständig vermieden lassen. Die Absicht des Verbandes scheint vor allem darauf hinzuzuführen, die Erzeugnisse abzusperren. In Schweden lägen so große Erzeugnisse bereit, daß ihre Ausfuhr geradezu eine Ausbeutungsmöglichkeit für unsere Hüttenindustrie bedeuten würde.

WTB. Brüssel, 28. Nov. Kardinal Mercier hat in Mecheln einem Korrespondenten der „United Press“ eine Unterredung gewährt und dabei geäußert, der Bolschewismus verhinde den endgültigen Frieden. Die Alliierten müßten sich einigen, um den Frieden in Rußland herzustellen. Man dürfe auch nicht Deutschland die Ehre lassen und den Nutzen, den es haben könnte, wenn es die russische Revolution erlöste.

WTB. Paris, 28. Nov. Der Oberste Rat beschäftigte sich heute mit der Zuteilung der deutschen Flotte, ohne jedoch einen endgültigen Beschluß zu fassen. Er beschloß, Italien und Frankreich einige Einheiten abzutreten, weil deren Verbleiben während des Krieges eine gewisse Zeit lang stillliegen müßten, ein anderer Teil soll abgebaut werden. Eine Verteilung des Hafensmaterials, das Deutschland für die in Scapa Flow versenkten Schiffe ausliefern soll, wurde noch nicht gefaßt.

WTB. Paris, 29. Nov. (Savas.) „L'Anversite de Lyon“ meldet, daß die diensttauglichen (Eis)Bohrer des Jahres 1899 zu einer am 15. Januar 1920 beginnenden fünfmonatlichen Dienstzeit aufgebolen werden sollen.

WTB. Paris, 30. Nov. Die Polizeipräfektur erläßt eine Verfügung, die vom 3. Dezember an bis auf weiteres eine starke Einschränkung des Kohlenverbrauchs vorschreibt.

WTB. Paris, 30. Nov. Wie die „Presse de Paris“ mitteilt, wird sich die Friedenskonferenz mit der Frage der deutschen Kohlenlieferung an Belgien zu beschäftigen haben. Belgien beschwerte sich, daß Deutschland noch nicht mit der Lieferung der 8 Millionen Tonnen begonnen habe, auf die Belgien nach dem Friedensvertrage Anspruch bestche.

WTB. Paris, 30. Nov. Nach einer New Yorker Meldung der „Presse de Paris“ versichert die Zeitung „Sun“, daß die republikanischen Senatoren die Absicht haben, dem Präsidenten Wilson und der Senatskommission für Auswärtiges ein Ultimatum zu übersenden mit der Erklärung, sie würden die Ratifikation der Friedensverträge mit Deutschland, Oesterreich und Bulgarien ver-

weigern, wenn der Präsident nicht Kenntnis gebe von allen Dokumenten, die er noch besitze.

WTB. Rotterdam, 30. Nov. Nach dem „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet „Central News“ aus Washington, die Vereinigten Staaten haben ein Ultimatum an Mexiko gerichtet. Die amerikanische Armee und Flotte sind bereit, die Forderung auf Freilassung Zenklus durchzusetzen.

WTB. Mailand, 29. Nov. Der „Corriere della Sera“ vernimmt, daß die sozialistischen Abgeordneten zu Beginn der parlamentarischen Arbeiten der Kammer von der Regierung die Anerkennung der russischen Sowjetrepublik verlangen werden. — Der „Avanti!“ berichtet, daß die Parteileitung beschlossen hat, alle Abgeordneten, die der sozialistischen Parteigruppe angehören, einzuladen, der Eröffnungsitzung der Kammer am 1. Dezember beizuwohnen zum Zwecke einer antimonarchistischen Kundgebung.

Madsen in Wien und auf der Reise nach Deutschland.

WTB. Wien, 30. Nov. Auf der Heimreise nach Deutschland traf heute vormittag Generalfeldmarschall v. Madsen von Budapest kommend im Sonderzuge hier ein und wurde auf dem Ostbahnhof von dem deutschen Geschäftsträger mit den Herren der deutschen Botschaft und von zahlreichen Mitgliedern der reichsdeutschen Vereine in Wien begrüßt. Nach etwa eineinhalbstündigem Aufenthalt setzte der Feldmarschall seine Reise nach Deutschland fort.

### Badischer Landtag.

Kriegshinterbliebenenfürsorge. Beihilfungsfrage  
oc. Karlsruhe, 28. Nov. In der gestrigen Abend Sitzung wurde zunächst die Beratung über die förmliche Anfrage der sozialdemokr. Fraktion und über den Zentrumsantrag betr. die Erhöhung der Kriegshinterbliebenenbezüge fortgesetzt. Abg. Frau Maria Schloß (Dem.), die damit ihre erste Rede hielt, begrüßte die von dem Arbeitsminister Rückert in der Vortragsitzung angekündigte Beihilfe für die Kriegshinterbliebenen. Zu wünschen wäre, daß eine Erhöhung der Grundrentenfrage ganz ohne Rücksicht auf gelegentliche Beihilfen eintreten möge. Der Bad. Helmatbank habe durchaus nicht engherzig gehandelt. — Nachdem Abg. Görlicher (Ztr.) einen Einzelfall vorgebracht hatte, stellte Abg. Mayer-Karlsruhe (D.M.) aus seinen Beobachtungen fest, daß die Zahl der Drehorgelspieler, Hausierer usw. in der letzten Zeit wieder zunehme. Dem müsse mit allen Mitteln gesteuert werden. — Arbeitsminister Rückert antwortete darauf, daß nicht alle Drehorgelspieler Kriegsbeschädigte sind. Wandergewerbetreibende dürften nur mit Genehmigung der Hauptfürsorgestelle ausgegeben werden. Der Zentrumsantrag wurde hierauf einstimmig angenommen.

Im folgenden begründete Abg. Heurich (Ztr.) eine von ihm eingeleitete förmliche Anfrage über den Schutz der jugendlichen Arbeiter. Der Redner stellte eine Reihe Forderungen für den Jugendschutz auf, darunter auch das Verlangen nach einer Untersuchung der jugendlichen auf ihren Gesundheitszustand. Vor dem Kriege waren in Baden ungefähr 13 000 Lehrlinge vorhanden, heute sind es nur noch 4000. Die Schließung von Lehrlingsstellen müsse dem Gewerbebezirk übertragen werden. Im Zusammenhang damit stand die förmliche Anfrage der Abg. Bahr (Soz.) und Gen. über die Miskunde im Lehrlingswesen. Der Redner bedauerte den Mangel des Herrn Dr. Wittmann und übte scharfe Kritik, daß von vielen Arbeitgebern noch das Schützlingsrecht angewandt werde.

Arbeitsminister Rückert erwiderte, von der Beratung werde immer wieder darauf hingewiesen, daß die während des Krieges zugelassenen Maßnahmen heute nicht mehr bestehen. In der Industrie treten Miskunde im Lehrlingswesen nur ausnahmsweise hervor. Miskunde, Blechnern und ähnlichen Gewerben ein Zugang von Lehrlingen festzustellen ist, daß er dagegen bei Buchdruckern, Glasern, Maurern und anderen Gewerben noch gering ist. Die Lehrlingswerkstätten würden ausgebaut werden. —



